

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Maingau Maingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Ersteinst: Dienstage, Donnerstage, Samstage (mit Muskr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim a. M., Schulstraße. Telefon Nr. 69. Postfachkonto 16867 Frankfurt.



Anzeigen: Sollten die 6spaltige Colonnezeitung oder deren Raum 10 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Reklamen die 6spaltige Colonnezeitung oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 90 Pfennig ohne Trägerlohn.

Nummer 20.

Donnerstag, den 17. Februar 1927

31 Jahrgang

Neues vom Tage.

— Nach Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat die polnische Delegation Berlin verlassen.

— Der Nachfolger des verstorbenen Abg. Müller-Franken von der Wirtschaftspartei wird im Preussischen Landtag voraussichtlich der Berliner Stadtverordnete Colosser sein.

— Nach dem Beschluß des französischen Ministerrats ist der Höchstlohn für den arbeitslosen Familienvater von 4.50 auf 6 Franken täglich erhöht worden, für die Ehefrau und jedes Kind unter 16 Jahren auf 2.50 Fr., der Gesamtbeitrag einer Unterhaltung von 12 auf 16 Fr.

— Die französische Regierung bringt in ihrer Antwortnote auf das amerikanische Memorandum betreffend die Seeabrüstung zum Ausdruck, daß der amerikanische Vorschlag von der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes geprüft werden müßte.

— Die französische Kammergruppe, die die Interessen der Produzenten und Exporteure verderblicher Lebensmittel vertritt, hat an den Handelsminister das dringende Ersuchen gerichtet, das vorläufige deutsch-französische Handelsabkommen sofort zu erneuern.

— In einem Telegramm an den amerikanischen Journalisten Silberstein Bierd hat der ehemalige deutsche Kaiser erklärt, daß er nicht den Plan hege, nach Berlin zurückzukehren.

Die Mandatsfrage.

Eine nicht nur sehr interessante, sondern für Deutschlands Zukunft auch höchst wichtige Frage ist im englischen Unterhaus aufgeworfen worden und zwar die Frage der Kolonialmandate.

Und zwar fragte in der letzten Sitzung des englischen Unterhauses der Abgeordnete Ramsden den Premierminister Baldwin, ob ihm bekannt sei, daß der Gouverneur des Tanganjika-Gebietes in einer Rede gelegentlich der Eröffnung des gesetzgebenden Rates erklärt habe, Tanganjika sei ein Teil des britischen Reiches und würde das auch bleiben. Ramsden knüpfte daran die weitere Frage, ob das auch die von der Regierung vertretene Ansicht sei. Kolonialminister Amery erklärte hierauf, die betreffende Stelle beziehe sich auf den allgemeinen Standpunkt, den der Gouverneur in dem ersten Teile seiner Rede zum Ausdruck gebracht habe. Er habe dabei mit Recht betont, daß Tanganjika Mandatsgebiet sei, unter britischer Kontrolle stehe und daß keine Möglichkeit vorhanden sei, daß diese Kontrolle aufgehoben werden könnte. Es sei nicht in Betracht gekommen, daß der Gouverneur das Tanganjika-Gebiet als ein Teil des britischen Reiches bezeichnet habe, insoweit er diese Wendung rednerisch auf das ganze Gefüge der Verwaltung bezog, die man gewöhnlich so bezeichne. Weder Mandatsgebiete noch Protektorate seien britische Territorien im dem Sinne, daß die Bewohner dieser Gebiete britische Staatsbürger würden.

Ramsden richtete darauf an den Kolonialminister die Frage, ob ihm bekannt sei, daß die Mandatsgebiete vom Völkerbunde verteilt worden seien und daß dieser sie auch wieder zurücknehmen könne. Ramsden fragte weiter, ob es unter diesen Umständen richtig sei, zu sagen, daß keine Möglichkeit bestünde, daß das Mandatsgebiet wieder aufgegeben würde. Amery antwortete: Das eben gerade ist nicht der Fall. Die betreffenden Gebiete wurden von den alliierten und assoziierten Mächten vergeben. Das Mandat ist eine Verpflichtung, die wir dem Völkerbunde gegenüber eingegangen sind. In keiner Weise stellen die Mandatsgebiete aber eine Art Besitz dar, den wir vom Völkerbunde erhalten haben. Der Völkerbund ist daher auch nicht in der Lage, diese Mandatsgebiete weiter zu übertragen oder den gegenwärtigen Mandatsmächten zu entziehen.

Es ist eine alte Geplagtheit einer jeden englischen Regierung, auf etwaige peinliche Fragen eine indirekte Antwort zu geben, gewissermaßen, „wie die Frage um den heißen Brei herumzugehen“. Diesmal ist man aber ziemlich deutlich geworden. Denn die englische Behauptung von der Endgültigkeit der Kolonialmandate richtet sich lediglich gegen Deutschlands berechnete Kolonialwünsche. Darüber ist aber trotz allem das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Französischer Chauvinismus.

Für Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung.

Die französische Patriotenliga hat in Paris eine Kundgebung zugunsten der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung abgehalten.

Nach dem „Echo de Paris“ vertreten sämtliche Redner den Standpunkt, daß die Besetzung der Rheinlande das beste Sicherheitsunterpfand Frankreichs sei. Der erste Redner, Michelin, beschäftigte sich insbesondere mit dem Gasrieg der Zukunft. Er behauptete, daß man ihn in Deutschland vorbereite, und forderte, daß Frankreich seinerseits sich darauf richte, und forderte, daß die gesamte Zivilbevölkerung Gasmasken anschaffen müßte. Alsdann sprachen zwei Generäle, General Dirckshauer betonte, solange Frankreich am Rhein sei, sei der Friede gesichert, da Deutschland nicht den Krieg auf seinem Gebiete haben werde.

Darauf ergriff der ehemalige Kriegsminister Maginot das Wort. Er äußerte sich in demselben Sinne wie General Dirckshauer und schloß, um den Frieden zu gewinnen, müßte Frankreich eine Armee haben, die, wenn nötig, in der Lage wäre, dem Gegner den Respekt dieses Friedens aufzuzwingen. Die Versammlung nahm alsdann eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kam, die Mitglieder der Patriotenliga, überzeugt davon, daß ganz Deutschland vom Revandgeist befeelt, nicht aufhöre, sich zu organisieren und sich vorbereiten um mit List oder mit Gewalt die völlige oder teilweise Aufhebung des Versailler Vertrages zu erlangen, fordere die Regierung auf, über der Durchführung sämtlicher Klauseln des Versailler Vertrages zu wachen.

Die Sicherheitsfrage.

Militärkontrolle und Rheinlandbesetzung.

In der belgischen Kammer beantwortete Außenminister Vandervelde eine Interpellation über die Aufhebung der Militärkontrolle in Deutschland.

Er gab zu, daß in Belgien wie in Frankreich die Genfer Beschlüsse über die Kontrollkommission und das Untersuchungsrecht nicht in allen Kreisen mit ungeteilter Genehmigung aufgenommen würden. Aber auch wenn man annehmen wollte, daß das Weiterbestehen der Kontrollkommission während einiger Monate einen praktischen Wert hätte haben können, dürfe man nicht vergessen, daß andererseits die Locarno-Verträge Belgien eine Garantie gaben, die es seit 1919 vergeblich zu erlangen bezweckt gewesen sei. Ueberdies sei von dem Tage an, an dem Deutschland erfüllt hatte, notwendigerweise das Untersuchungsregime an die Stelle der Kontrolle getreten.

Vandervelde fuhr fort: Es ist unrichtig, daß man sich in Genf über die vorzeitige Räumung des linken Rheinuferes unterhalten habe. Diese Frage ist gegenwärtig auf diplomatisches Gebiet gestellt. Bei dem Wortlaut des Artikels 431 wird man gewiß immer behaupten können, daß Deutschland nicht allen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Man wird sich in dieser Hinsicht aber auch großzügig gegen können.

Alles wird von den Sicherheitsgarantien abhängen, die Deutschland insbesondere in bezug auf die entmilitarisierte Zone wird geben können und geben wollen, vielleicht auch von einer endgültigen und allgemeinen Regelung der Reparationsfrage mit dem Problem der interalliierten Schulden, andererseits aber auch vom Grade des Vertrauens, das die Nachbarn Deutschlands in die Beständigkeit der republikanischen Einrichtungen werden haben können.

Die Abrüstung Deutschlands

entspricht — erklärte der Minister endlich — nach vielen Gesichtspunkten der Wirklichkeit, aber sieht man nicht auch die verborgenen Waffen und die militärischen Übungen bei den Sportverbänden und den patriotischen Verbänden sowie die Herstellung und Aufstellung von Kriegsgüter in den benachbarten Ländern, wie z. B. in Rußland? Entgegen der herrschenden Meinung messen jedoch diejenigen, die die Verantwortung für unsere nationale Verteidigung haben, diesem Zustand der Dinge keine übertriebene Bedeutung bei. Für die nächsten Jahre wird Deutschland, wenn es allein steht, wie es scheint als unfähig betrachtet werden müssen, an der Westfront Operationen und Offensiven einschreitenden Charakters zu unternehmen. Die siegreichen Entente-Mächte erreichten es, daß das Kriegsmaterial, das Deutschland nach dem Waffenstillstand besaß, vernichtet wurde. Es war indessen unmöglich, was schon Napoleon nach dem Frieden von Tilsit vergeblich zu verhindern suchte, nämlich daß Millionen von entwaffneten Mannschaften wieder zu einem Volk in Waffen gemacht und eines Tages neu bewaffnet werden können. Das Dilemma könnte also in Zukunft folgendermaßen entschieden werden, daß die anderen Mächte ihre Streitkräfte auf das Maß der Reichswehr herabmindern oder der Vertrag wird hinsichtlich und Deutschland beansprucht auch eine Armee zu besitzen, die die deutschen Landesgrenzen zu verteidigen vermag. Zwei Schlussfolgerungen ergeben sich: 1. Die sehr relative Wirksamkeit von Kontrollmaßnahmen, 2. entweder findet eine Abrüstung statt oder überhaupt nicht.

Der Gasrieg der Zukunft.

Die Forschungen werden fortgesetzt.

Im englischen Unterhaus wurde an den Premierminister die Frage gerichtet, ob angesichts der Empfehlung der Abrüstungskommission des Völkerbundes alle Untersuchungen für private und amtliche Laboratorien, die sich mit der Erforschung von Giftgasen befassen, abgeschafft werden und ob die britische Regierung bereit sei, während in dieser Frage vorzugehen und ein Gesetz einzubringen, das jedem — sei es Privatperson oder Militär — verbietet, Untersuchungen über Giftgas oder Bakterien anzustellen. Premierminister Baldwin erwiderte:

„Was man endgültig Sicherheit hat, daß alle Mächte bereit sind, ein derartiges Verbot anzunehmen, muß die britische Regierung Maßnahmen treffen, um in der Lage zu sein, sich gegen Angriffe mit Hilfe von Giftgasen und Bakterien zu verteidigen. Zu diesem Zwecke muß die Forschungsarbeit fortgesetzt werden.“

Was den zweiten Teil der Anfrage betrifft, so ist es, solange britische Untertanen Angriffen dieser Art ausgesetzt sein können, Pflicht der britischen Regierung, ihnen Schutz zu verschaffen. Niemand würde sich mehr freuen als ich, wenn das gesamte System der Giftgase usw. beseitigt werden könnte. Es sind aber noch nicht alle Nationen der Welt Mitglieder des Völkerbundes. Der Einfluß des Völkerbundes muß notwendigerweise in dieser Frage ein beschränkter sein, bis ein allgemeiner Völkerbund besteht.

Die Lage in Portugal.

Aus Lissabon wird noch gemeldet, daß gegen die wichtigste Zeitung Portugals, „Diario de Noticias“ besondere Maßnahmen getroffen seien, weil sie am 8. Februar eine von der Zensur nicht genehmigte Ausgabe ausgegeben hat. Sie ist nicht verboten worden, doch ist ihr Direktor Schwalbach erseht worden durch Oberstleutnant de Vasconcelos, der bereits das offizielle Organ Portugals leitet. Die Zeitung „Diario de Tarde“ wurde verboten.

Der Militärhauptquartier von Lissabon hat ein Dekret unterzeichnet, in dem die höheren Offiziere, die an der revolutionären Bewegung teilgenommen haben, aufgefordert werden, sich unverzüglich im Hauptquartier zu melden, falls sie nicht wegen Desertion angeklagt und nach den Bestimmungen des Militärgesetzes bestraft werden sollen.

In Porto ist der Direktor der Zeitung „Diario de Porto“, Teixeira, während der Kämpfe durch eine in seiner Wohnung explodierte Granate getötet worden. Die Regierung hat ein Dekret ausgegeben, durch das die Auflösung der Polizei von Porto angeordnet wird.

Politische Tageschau.

— **Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.** Blättermeldungen zufolge wird der Auswärtige Ausschuss des Reichstages sich auch mit dem Konflikt mit Polen beschäftigen. Zu Beginn der Sitzung wird der Ausschuss an Stelle des zum Reichsjustizminister ernannten Abgeordneten Bergt einen neuen Vorsitzenden wählen. Wie die „Börzenzeitung“ wissen will, werden die Deutschnationalen, denen der Posten des Vorsitzenden zusteht, voraussichtlich den Abgeordneten Professor Hochhuth vorschlagen.

— **Zur Forderung der Zwangswirtschaft in Preußen.** Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat zu der Verordnung des Wohlfahrtsministers über Forderung der Zwangswirtschaft vom November v. J. einen neuen Antrag eingebracht, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob durch Ausführungsbestimmungen angeordnet werden kann, daß auf Verlangen solcher Mieter, für welche die Aufhebung des Mietverhältnisses die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz bedeuten würde, das Mietverhältnis über den 31. März 1927 bis längstens 31. März 1918 verlängert werden kann, und zwar unter Festsetzung einer der heutigen oder den jeweiligen Verhältnissen entsprechenden angemessenen Miete, und, indieweit ein wirksamer Schutz der Mieter gegenüber der Vermieter erfolgen kann, eine etwaige Bewohnerschaft durch den Vermieter erfolgen kann.

— **„Fliegende Reichstagsabgeordnete.“** Zwischen dem Reich und der Deutschen Luftfahrt schwelen, entsprechend einem Wunsch des Reichstages, Verhandlungen über die Gewährung von Freiflügeleinen nach dem Vorbild der Eisenbahnfreizeite an die Reichstagsabgeordneten. Im Reichstag hat sich seit einiger Zeit das Bestreben bemerkbar gemacht, auch das modernste Verkehrsmittel, das Flugzeug, für die Reisen der Abgeordneten dienstbar zu machen und das Reich zu veranlassen, für diese Freiflüge eine bestimmte Pauschale an die Deutsche Luftfahrt zu zahlen, wie das bei der Eisenbahn und in gewissen Umfang auch bei den Schiffsahrtsgesellschaften der Fall ist.

— **Exkommunizierung französischer Royalisten durch den Papst?** Der radikale „Zour“ glaubt berichten zu können, daß der Vatikan den Beschluß gefaßt habe, die Leiter der royalistischen Zeitung „Action Française“, Léon Daudet und Charles Maurras, zu exkommunizieren, nachdem sie sich der Entschärfung des Papstes, der den Katholiken die Lektüre der Zeitung „Action Française“ und der Werke Daudets und Maurras verboten hatte, nicht gebeugt haben.

— **Japan aus China.** Im japanischen Oberhaus erklärte der Minister des Auswärtigen, die von Japan befolgte Politik der Nichtemischung in die chinesischen Angelegenheiten bedeute nicht, daß Japan seine Interessen in China vernachlässige. Zwischen den Mächten, fuhr der Minister fort, besteht eine moralische, jedoch nicht materielle Zusammenarbeit. Großbritannien zeigt Vertrauen zu Japan. Es handelt sich um die an China gerichteten Memoranden. Die Klugheit verbietet jedoch, über das Thema und die Art der zwischen Briten und Englands geführten Verhandlungen Stillschweigen zu bewahren.

Frankreichs Außenhandel. Die Einfuhr nach Frankreich belief sich im Monat Januar 1927 auf 4 064 152 Tonnen im Werte von 4 079 092 000 Francs. Das bedeutet gegenüber dem Monat Januar 1926 eine Erhöhung um 451 476 Tonnen und eine Verringerung um 417 742 000 Francs und gegenüber dem Vormonat Januar 1927 belief sich auf 2 791 338 Tonnen im Werte 4 708 855 000 Francs. Gegenüber dem Monat Januar 1926 ergibt sich eine Erhöhung um 524 178 Tonnen und 849 655 000 Francs sowie gegenüber dem Monat Januar im Jahre 1913 eine Erhöhung um 1 482 397 Tonnen und 4 290 780 000 Francs. Die Handelsbilanz vom Januar 1927 schließt mit einem Plus an Einfuhr von 629 763 000 Francs ab.

Der Reichsetat für 1927.

Eine große Rede des neuen Finanzministers.

Berlin, 16. Februar.

Im Reichstag begann heute die Beratung des Etats für 1927, die mit einer großangelegten Rede des neuen Reichsfinanzministers Dr. Köhler eröffnet wurde.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler.

In seinen Ausführungen über die gesamte finanzpolitische Lage des Reiches bemerkte der Minister, daß der Etat für 1927 im Ordinarium nach den bisherigen Ergebnissen im ordentlichen Haushalt ohne Haushaltsüberschuss abgefaßt und daß sich sogar ein verhältnismäßig kleiner Überschuss ergeben wird. Zur Deckung des außerordentlichen Haushalts in Höhe von 940 Millionen stehen zunächst nur der Erlös der Anleihe mit rund 450 Millionen und eine Schuldaufnahme bei der Reichspost von 100 Millionen zur Verfügung.

Die Steuererleichterung des Jahres 1926 hat auf die Wirtschaft belebend und fördernd eingewirkt. Die Umsatzsteuer wird dem Etatsanfang auf 974 Millionen nicht erreichen, da nur mit einem Aufkommen von rund 840 Millionen zu rechnen ist. Das Argument, daß eine Ermäßigung der Steuerlast ein höheres Steueraufkommen zur Folge habe, hat sich also gerade bei der Umsatzsteuer, einer ausgesprochenen Konjunktursteuer, nicht als zutreffend erwiesen, wie auch der erwartete Erfolg einer Preislenkung nicht eingetreten ist.

Der Minister ging dann auf den Etat für 1927 näher ein und wies darauf hin, daß die angenommene weitere Verbesserung unserer Wirtschaftslage in den Einnahmearbeiten bereits sehr stark berücksichtigt ist. Niemandem entgeht die gesteigerte Reparationslast, den ganzen inneren Etat unheilvoll beeinflussend. Die gesamte Belastung des Reiches stellt sich auf rund 8 Milliarden im ordentlichen und 596 Millionen im außerordentlichen Etat. Der Minister erklärte weiter, daß in der Frage der allgemeinen Erhöhung der Bezüge der Beamten und Kriegesbeschädigten die wiederholt gemachten Vorschläge selbstverständlich nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten zu gegebener Zeit vollzogen werden müssen. Aber auch hierfür stehen im Etat 1927 noch keinerlei Mittel zur Verfügung. Wenn man weiter die Notlage der Kleinrentner berücksichtigt, so muß man die mehrfache Anflutung meines Vorgängers über die Schwere des Jahres 1927 als durchaus zutreffend bezeichnen.

Wirtschaftslage und Steuerpolitik.

Das für uns so harte Jahr 1927 teilt eine Wirtschaftslage, die nicht ohne Sorge ist. Im bis jetzigen Verlauf des Jahres 1927 hat sich die Belebung, die im Jahre 1926 eingetreten ist, im wesentlichen behaupten können.

Man darf aber nicht übersehen, daß die Wirkungen, die vom englischen Bergarbeiterstreik ausgehen sind, allmählich nicht nur normalen Verhältnissen Platz machen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Zahl der Erwerbslosen immer noch erheblich hoch ist. Eine Wirtschaft mit 1 1/2 Millionen Arbeitslosen ist von der Befundung noch recht weit entfernt. Die Gesamtlage erscheint noch immer recht schwierig.

Schlieflich muß das ausländische Kapital auch verzinst und wieder einmal zurückgezahlt werden. Vor allem aber bedeuten die rasch wachsenden Reparationslasten einen Kräfteabzug, der nicht ohne Wirkung bleiben kann. Diese von Gefahren nicht freie Lage erfordert in erster Linie eine überaus sorgfältige Behandlung

der Steuerquellen, keine fiskalische, sondern eine nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten geführte Finanz- und Steuerpolitik. Die Reichsregierung ist entschlossen, ihre Politik durchaus nach diesem Leitgedanken einzurichten. Sie weiß, daß die Wirtschaft, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfaßt, 90 Stunden muß, um die Lasten tragen zu können.

Die Finanz- und Steuerpolitik

muß nach volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten unter Ablehnung jeglicher Absperrungsbestrebungen durchgeführt werden. Neue Steuerlasten müssen überhaupt vermieden und darüber hinaus Steuererleichterungen, besonders bei den Verbrauchs- und den Realsteuern vorgenommen werden. Die Beamtenschaft der Reichsfinanzverwaltung bedarf dringend der Entlastung und muß vor unbedingten Angriffen aus der Öffentlichkeit geschützt werden. Der Etat für das Jahr 1927 ist trotz aller Abstriche immer noch außerordentlich aufwendig. Er auszubringende Betrag an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben beträgt für das Reich 7,8 Milliarden, für die Länder

1,2 Milliarden, für die Gemeinden 2 Milliarden. Ganz besondere Beachtung erfordert die Anleihepolitik des Reiches. Die Zahlungen für Kriegs- und Reparationslasten betragen alles in allem 3,2 Milliarden.

Der unmögliche Dawes-Plan.

Der Minister geht dann im einzelnen auf die Zahlungen aus dem Dawes-Abkommen ein. Er erkennt im gegebenen Augenblick noch keine Möglichkeit, wie wir trotz allen guten Willens diese Zahlungen aufbringen können. Deutschland werde weiterhin tun, was in seinen Kräften stehe, die übernommenen Verpflichtungen loyal zu erfüllen. Es müssen ihm hierzu aber auch die notwendigen Voraussetzungen gegeben werden. Eine schwerwiegende Volkswirtschaft sei außerstande, Milliardenlasten für Reparationszwecke aufzubringen.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte der Minister eingehend die Personalpolitik und die Haushalte der einzelnen Ministerien.

Im außerordentlichen Haushalt des Reichsarbeitsministeriums seien 130 Millionen für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose eingelegt. Auch das besetzte Gebiet sei besonders beachtet.

Zur Ablösung der alten Reichsanleihen erklärte der Minister, sie werde, wie er bestimmt hoffe, um die Mitte des Jahres abgeschlossen sein. Die Ablösung der Neubausanleihe werde in der nächsten Zeit beginnen. In der

Auswertungfrage

werde an den Grundzügen der jetzigen Regelung festzuhalten sein. Den Gedanken der Umwandlung der aus der Anleiheablösung hervorgegangenen sogenannten Auslosungsscheine in eine verzinsliche Anleihe wies der Minister als undurchführbar zurück.

Eine Frage von besonderer Schwere, eine Schicksalsfrage, bedeute die Frage des Ausgleichs der durch die Liquidation deutschen Eigentums Deutschen zugesügten Schäden. Die Schwierigkeiten unserer Staatswirtschaft nötigten hier zu schmerzlicher Zurückhaltung.

Finanzausgleich.

An den Schluß seiner Darlegungen stellte der Minister die Frage des Finanzausgleichs, deren Lösung uns auf den Weg zu breche. Ich sehe, so fuhr der Minister fort, auch hier durchaus auf dem Boden des Staatsgrundgesetzes von Weimar: Das Reich steht über den Ländern, deren Eigenleben aber in streng festgelegten Formen durchaus garantiert ist.

Die Rede des Finanzministers rief namentlich in ihrem ersten Teile lebhafteste Bewegung im ganzen Hause hervor. Die Ankündigung einer Besoldungsreform unter Abkehr von dem bisherigen System der ehemaligen Beihilfen wurde ebenso wie der übrige Teil der Rede von der Mehrheit beifällig aufgenommen.

Abg. Dr. Herz (Soz.) betonte, die Hoffnung auf eine wesentliche Erleichterung der Lage für die gesamte deutsche Wirtschaft habe sich nicht erfüllt. Für die Unternehmerschaft sei das verfloßene Jahr allerdings ein Jahr wesentlicher Besserung geworden. Die Nahrungsmittelpreise seien unter dem Einfluß der Zoll- und Handelspolitik in die Höhe getrieben und in der Landwirtschaft dadurch das Mißverhältnis zwischen Preisen und Kosten beseitigt worden. Noch günstiger sei die Entwicklung in der Industrie gewesen und auch auf dem Kapitalmarkt habe sich die Lage erheblich gebessert. Das günstigste Bild zeige die Börse. Die Rationalisierung sei nach Methoden durchgeführt worden,

die den Unternehmern alle Vorteile überließen, der Gesamtheit aber alle Nachteile und Lasten aufbürdeten. Der Reallohn sei gesunken, obwohl die Leistungen der Arbeitskräfte sich wesentlich erhöht hätten. Um so verwerflicher sei der Widerstand der Unternehmer gegen den Achtstundentag und der Zwang zur Leistung von Nebenstunden. Angesichts der wachsenden Erwerbslosigkeit und der zunehmenden Dauer der Erwerbslosigkeit des einzelnen könne von einem belebenden Einfluß der Steuerermäßigung auf die Volkswirtschaft nicht gesprochen werden. Noch immer ruhe der größte Teil der deutschen Steuerlast auf den Massen des Volkes. Weiter forderte er eine stärkere Anspannung der Hauszinssteuer und lehnte eine Mietsteigerung als im gegenwärtigen Augenblick unverantwortlich ab.

Abg. Oberjochen (Dnl.) erinnert an eine der letzten Reden des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, in der ein erfreulicher Uebergang aus dem Etatsjahr 1926 angekündigt wurde. Dieser überhäufende Optimismus sei jetzt gründlich durch die Tatsachen widerlegt. Jetzt stehe das Reich vor schweren finanziellen Sorgen angesichts des Anwachsens der Dawes-Lasten und des Fehlens der früheren Reserven. Durch die Erfüllung der Zusage, daß alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden sollten, würden die Reichsfinanzen in eine geradezu katastrophale Lage kommen. Der Etat sehe für diesen Zweck überhaupt keine Ausgaben vor. Wenn überhaupt ein Uebergang erzielt wird, dann muß in erster Linie an

die notleidenden Kleinrentner

gedacht werden. Die neue Beamtensbesoldungsordnung darf nicht mehr zu lange hinausgeschoben werden. Die Finanzschiebung des endgültigen Finanzausgleichs könne nur unter der Bedingung erfolgen, daß schon im Sommer oder Herbst eine Neuordnung der Realsteuern der Länder und Gemeinden und der Hauszinssteuer erfolgt.

Die Hauszinssteuer

dürfe nicht zu einem dauernden Finanzierungsmittel der Länder und Gemeinden werden. Die Senkung der Realsteuern bleibe unwirksam, wenn nicht auch die Realsteuern der Länder und Gemeinden durch Reichsgesetz beschränkt werden. Er erklärt die Bereitwilligkeit seiner Partei, dem Finanzminister bei der Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Lage zu helfen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Handelsteil.

Berlin, 16. Februar.

Devisenmarkt. Am internationalen Markt waren nur unwesentliche Kursänderungen zu verzeichnen.

Effektenmarkt. Infolge der regen Nachfrage konnte sich auf allen Märkten eine Besserung der Kurse durchsetzen. Am Rentenmarkt nur unbedeutende Schwankungen bei ruhigem Geschäft.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen märk. 26.40-26.80, Roggen märk. 24.50-25.20, Futtergerste 19.40 bis 20.70, Sommergerste 21.50-24.30, Hafer 19-20, Mais 18.70 bis 18.90, Weizenmehl 35-37.50, Roggenmehl 34.40-36.50, Weizenkleie 15.50-15.75, Roggenkleie 15-16.25.

Frankfurt a. M., 16. Februar.

Devisenmarkt. Am Devisenmarkt nannte man London-Paris 123,50, Mailand 112,50, New York 4,84,05, Mark gegen Pfund 20,50, Dollar gegen Mark 4,21,95.

Effektenmarkt. Die Gesamtlage der heutigen Börse war bei anfangs sehr ruhigem Geschäft durchaus einseitlich, besonders erlitten Montanwerte stärkere Kursverluste. Der Anleihemarkt war sehr vernachlässigt und wurde für deutsche Renten sehr schwach, da durch die Anleiheablosungsaktion dem früheren Spiel der Spekulation in Kriegsanleihe der Riegel vorgeschoben worden ist. Anleiheablösung 33,65-31,75, was einem Kurs von Kriegsanleihe 840-790 entspricht. Schutzgebiet etwas schwächer, 15%. Der Geldmarkt leicht angezogen, Tagesgeld auf 4 1/2% erhöht, Monatsgeld 5 1/2-6 1/2%.

Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 Kg.: Weizen märk. 26.40-26.80, Roggen märk. 24.50-25.20, Sommergerste 19.40 bis 20.70, Wintergerste 21.50-24.30, Hafer 19-20, Mais 18.70 bis 18.90, Weizenmehl 35-37.50, Roggenmehl 34.40-36.50, Weizenkleie 15.50-15.75, Roggenkleie 15-16.25.

Die Gönne des Senators.

Erzählung von Theodor Storm.

Sie schaute über die Straße nach dem gegenüberliegenden Nachbarhause, mehr nur, wie es schien, um bei dem in einem Gedankenanstöße doch trotzdem die Augen zu richten. Ist aber sah sie Frau Antje Wöller in Zwickel und S. ihre über die Straße schreiten und mit der Frau Nachbarin J. per, die beiden auch aus ihrem Hause trat, sich auf eine der steinernen Feilschlagbänke setzen. Frau Antje Wöller war die Erblende, wobei sie sehr vergnügt und triumphierend ausah und wehrlos mit einer idyllischen Bewegung ihres biden Kopfes nach dem eitelnden Laufe ihres Herrn hinüberwinnte.

Frau Nachbarin J. per wusch ihre Hände wie vor Staunen klatschen in nander; dann aber nicht sie wiederholte und lebhaft; auch ihr schienen die Dinge, um die es sich hier handelte, aufnehmend zu gefallen; und bald, während das effrigste Wechselgespräch im Gange war, zuckten und deuteten die Köpfe und Hände der beiden Weiber in leichtem, reißendem Gebärde nach dem altherkömmlichen Raummanthaus hinüber.

Die junge Frau am Bräuer wurde denn doch aufmerksam: die da drüben waren nicht eben ihre Freunde; der einen — das wußte sie — war es zugeraten worden, daß sie Herrn Friedrich Jovers abgeraten hatte, ihre mündliche Parovage in sein Haus zu nehmen; der anderen hatte sie einmal ihre große Tochterp. anne nicht leihen können, weil sie eben beim Kapiergeschäft zum Lö. n war.

Unwillkürlich hatte sie die Arbeit sinken lassen: was wochten die Weiber zu verhandeln haben?

Aber die Unterhaltung wurde unterbrochen. — Von der Hofenstraße herauf kam der kleine bewegliche Advokat, Herr Siebert Sönken, den sie den „Goldenen“ nannten, weil er

bei jeder Gelegenheit es niemals unter einer goldbrotaenen W. ste tat, deren unmaßig langen — Höhe fast seinen ganzen Leib bedeckten.

Eilig schritt er auf die beiden zu, richtete, wie es schien, eine Frage an Frau Antje Wöller und schritt, nachdem diese mit einem Kopfnicken beantwortet worden, lebhaft, wie er heranzutreten war, quer über die Gasse nach Herrn Friedrichs Hause zu.

„Ja,“ kam es aus dem Munde der jungen Frau, „der Goldene? Geht er auch dazu? Was will denn der bei unserem Pruber Fried ich?“

Die hervorzuenden Eigenschaften des Herrn Siebert Sönken waren bekannt genug: er legte wie ein Tr. ste hund nach vertorren liegenden Prossen und ralt für einen sp. findigen Ges. len und sich bewertlichen Gegenpar. on; in den einfachsten Rechtsstreitigkeiten. Im übrigen wußte er, je nach welcher Seite hin sein Vorteil lag, ebensowohl einen in uren Berg. ich zustande zu bringen, als einen schiand. en Prozeß durch alle Instanzen hindur. zuziehen.

Die Frau Senatorin war aufpassen; sie mußte doch zu ihrem Christian Albrecht, um seine Meinung über diese Dinge einzuholen.

Allein, da tat die Köchin in das Zimmer, ein al. es Inventar. ent. aus dem sch. w. gen. l. e. lichen Nachlaß, eine halbe Messel. spektion, die nicht so anzuweisen war.

Die junge Frau mußte ihr Haushaltungsbuch aus der Schatulle nehmen; sie mußte notieren und rechnen, um dann die näheren Positionen der heutigen Küchenlampagne mit der kundigen Alten festzustellen.

Hinten in der vorderen Schreibstube saßen indessen der alte Kreidebohm und ein jüngerer Kaufmannsgeselle sich an dem schweren Doppelpulte gegenüber.

Es gab viel zu tun heute; denn die Brigg „Elbea Fortuna“, welche der seltsame Herr nach seiner alten Eber. tau hatte, lag zum Löschen fertig draußen auf der N. e.

„Milche Peters,“ sagte der Buchhalter zu seinem Gese.

über, „wir müssen noch einen Richter haben; ist Er bei Kapitan R. eren gewesen?“

Alter bevor der junge Mensch zur Antwort kam, wurde an die Tür geklopft, und e. e. noch ein „Peren“ also gen konnte, stand schon der goldene Advokat am Pulte und legte seine Hand vertraulich auf den Arm des alten Mannes.

„Der Herr Prinzipal in seinem Kabinete, lieber Friede. hofm?“ Er trug das so köstlich, daß der Alte ihn höchst erstaunt an. sah; denn dieser Mann war nicht der vertraute Sach. w. lter ihres Hauses.

Der. als gedachte er e. en von seinem Vord. herabzurat. Gen. um ihn selber bei dem Herrn Senator anzumelden; aber Herr Siebert Sönken war schon nach st. i. t. em Anpochen in das Privatkabinete des Prinzipals hineingel. ährt.

„Ei, ei ja doch!“ murmelte der Al. e.

Die Klatschmäuler werden doch nicht recht behalten?“ Er kniff die Lippen zusammen und schaute eine Weile durch das Fenster auf den Steinhof, wo ihm die nicht. r. e. Rauer jetzt auch eine innere Scheidung der beiden verwand. t. Häuser zu bedeuten schien.

Trinken im Kabinete war nach ein paar Sin. un. Bieder. en der Herr Senator wirklich von seinem Bod. h. abgetommen.

„Per,“ rief er und stieß seine Feder auf das Pult, daß sie bis zur Spitze aus. i. h., ver. lagen, sagt Ihr? Meine. Baters Sohn will mich verklagen? Herr Siebert Sönken.

Sie sollten nicht solche L. h. re machen.“

Der Goldene zog ein Papier aus seiner Tasche. „W. e. l. werter Herr Senator, es wird ja nicht so. l. e. i. ad processum ordinarium geschritten.“

„Auch nicht, da Herr Siebert Sönken dem Gegenp. o. be. dienet ist?“

Dr. Goldene lächelte und leate das Schriftstück, welches er in der Hand hielt, vor Herrn Christian Albrecht auf das Pult nieder.

Fortsetzung folgt.

Ein für
Infolge d
genauere Bild
entrum des
Mofar, in Da
ist streckenwe
Die Bevölkern
der Erdstöße
viele Vermun
Schreckensjens
das Flußbett
unter den Tr
Belastung
wurde, werde
lovie stützten
und Spalato
wurde auch in
Die „Gran
der Herzogov
mehr
Die Zahl der
schäft. Das
wurden bei
Personen geti
Ueber d
watien wird
mitgeteilt: D
großen Blöc
lacht. Diese
Verschiebung
schen Meeres
3
Vor j
Die im
zum Teil da
unter der fr
Darmstadt
an die Reie
man den A
im Plenum
Gebiete zur
Um in
fordert das
Bevölkung
bräiden bei
bei Nüssel
Straßen
Automobil
find, sowie
und Rain
Linienverke
Bahnen für
Worms un
r. Au
wirtschaftl
Wesbaden
Vorschläge
zur Landw
Merten m
Beim, Gä
wirt und
Landwirt
Schleibt 3.
Hörshelm
Landwirt
Landwirt
A. B.
T. o. e.
den frühe
kurzem de
23jährige
eltern und
volberhö
Nach der
Ansprung
A. M.
u. g. l. d.
Fußballu
bestigen T
Bein liege
A. W.
o. s.)
Der Stadt
Der Bran
Leberfabr
Wohnung
schwer be
nichtel.
den, die
müssen.
A. B.
in d. e. n.
heim- Di
rieben un
haben für
Betriebsf
würde, f
Projekt e
Linie au
Allerdin
Fortsetzung folgt.

Stolz kann sie auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Am Abend wurde die Meisterei von ihrem Präses Herr Kaplan Wolf beehrt, empfangen und eine gemütliche Feier im Beisein der Gäste den würdigen Abschluß dieses denkwürdigen Tages.

Betrifft: Hauszinssteuer. Anträge auf Stundung, Erlass und Niedererschlagung von Hauszinssteuer sind in allen Fällen zunächst bei den Gemeindebehörden (Magistrat, Gemeindevorsteher pp.) zu stellen. Gegen die Entscheidung der Gemeindebehörden ist die Aufsichtsbeschwerde gegeben, die bei dem Vorsitzenden des zuständigen Grundsteuer-Ausschusses (Katasteramt) anzubringen ist. Beschwerden gegen dessen Entscheidung sind an den Vorsitzenden des Grundsteuer-Berufungs-Ausschusses Regierung für Berlin Preussische Bau- und Finanz-Direktion zu richten. Erst wenn die Entscheidung dieser Stelle erfolgt ist, kann Beschwerde bei dem Preussischen Finanzminister, der endgültig entscheidet erhoben werden. Die unmittelbare Vorlegung solcher Gesuche bei den Ministerien bedeutet eine für den Antragsteller häufig empfindliche Verzögerung in der sachlichen Behandlung, da diese Anträge ohne weiteres an die zunächst zuständigen Behörden abgegeben werden.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Betrifft: Barablösung vom Altbesitz an Reichsanleihen für Beträge unter 1000.— M.

Die Anmeldebücher laufen vom 1. Februar 1927 bis 31. März 1927. Anmeldestelle Anleihen-Amtstelle beim Finanzamt in Wiesbaden, Herrengartenstraße Nr. 5. Vor- drucke sind auch zu haben im hies. Rathause Zimmer Nr. 10 wofür selbst auch Auskunft und Mithilfe bei der Ausfüllung der Anmeldung gewährt wird.

Das Kreiswohlfahrtsamt in Wiesbaden beabsichtigt auch in diesem Jahre wie im Vorjahre an Konfirmanden und Kommunikanten ein Paar Stiefel kostenlos abzugeben. In Frage kommen die Kinder von Schwertriebs- schädigten und Kriegerswitwen (natürlich auch Volkswaisen), die dieses Frühjahr zur Konfirmation oder Kommunion gehen. Zum Zwecke der Aufstellung einer Nachweisung können die Eltern der in Frage kommenden Kinder entsprechende Anträge auf dem hiesigen Bürgermeisterei Zimmer Nr. 11. bis spätestens zum 19. ds. Mts. vormit-

tags stellen. Bei der Bestellung ist die Schuh-Nr. anzugeben.
Flörsheim am Main, den 15. Februar 1927.
Der Bürgermeister: Laud.

Kirchliche Nachrichten für Flörsheim

Katholischer Gottesdienst.
Freitag 6,30 Uhr hl. Messe für Familie Ignaz Ritter (Krankenhaus), 7,30 Uhr 3. Seelenamt für Barb. Köhler.
Samstag 6,30 Uhr hl. Messe für Fam. Ignaz Ritter (Schweizerhaus), 7,30 Uhr Jahramt für Eheleute Martin Vogel.
Israelitische Gottesdienste für Flörsheim und Eddersheim
Samstag, den 19. Februar 1927. Sabbat: Ki-Sse.
5,15 Uhr Vorabendgottesdienst.
9,00 Uhr Morgengottesdienst.
2,00 Uhr Minsingebet.
6,35 Uhr Sabbatvortrag.

Gedenket der hungernden Vögel



Närrinnen und Narren!
Am Samstagabend ist was los
rüstet Euch ob klaa ob groß
der **Turnverein von 1861**
hält 8 1/2 Uhr für die Fler-
scheimer All — — — de

erste große Masken-Ball

— Garderobe eingerichtet. — im Saale „Zum Hirsch“ — Photografil im Hause! —
Schön, närrisch eingerichtetes Kaffee. — Schluß 2 Uhr.

Ru · Ve · Ma · Ba

ist kein japanisches Wort, sondern heißt

Ruder-Berein

Masken-Ball

am Samstag, den 19. Februar
abends 7 1/2 Uhr im Schützenhof
Tatsache ist es und keine
bewußte Verführung der Narren,
daß wirklich das bunte Leben
u. Treiben des Maskenballs
durch



Film- Aufnahme

festgehalten wird. (Der Film
wird nach Fastnacht in den
Tannus-Lichtspielen gezeigt)
Der 11er Ausschuß.

Futtermittel

Weizen, Gerste, Hafer,
Kleie, Haferflocken etc.
empfiehlt billigst

G. Sauer

Karnevals-Artikel

und Masken in großer
Auswahl zu haben bei
Max Fleisch

Kath. Jünglings-Berein

Freitag Abend 8,30 Uhr
Monatsversammlung. Son-
ntag gemeinsame hl. Kommu-
nion.
Der Präses.

Frische Eier

Stück 16 Pfg., 10 Stück M. 1.55,
Sied-Eier Stück 15 Pfg.,
10 Stück M. 1.45 empfiehlt
Max Fleisch

Ein Baumstück

in den Neuwiegärten
zu verkaufen. Näheres
im Verlag.

Tanzsaalglätte!

„Debuc“ vortrefflich, praktisch,
billig. Drogerie Schmitt

Kommunion- u. Anzüge

Freude soll Ihr Junge haben

an einem neuen, schönen Anzug am
grossen Tage der Kommunion oder
Konfirmation. Kommen Sie zu mir.
Sie finden von der einfachsten bis
zur besten Ausführung jetzt eine
Riesenauswahl.



Die Preise
sind außerordentlich billig.

Einige Beispiele:

12 ⁵⁰	14 ⁵⁰	19 ⁵⁰
24 ⁵⁰	29 ⁵⁰	35.-
39 ⁵⁰	48.-	54.-

Frau Löwenstein Wwe.

MAINZ, Bahnhofstraße 13. 1. Stock

Ältestes, größtes und leistungsfähigstes Etagegeschäft am Platze.



Mißfarbene Zähne

mitteln das schönste Anlitz. Aber Wunderwerk wirkt abtöndend. Beide
Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges
Pupen mit der herrlich erfrischend schmeckenden **Chlorodont-Zahnpaste**.
Die Zähne erhalten danach einen wundervollen Ebenheitsglanz, auch an
den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens
konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit gezahntem Vorstehschnitt.
Faulende Speilereste in den Zahnräumen können als Ursache des lästigen
Wunderwerks werden gründlich damit beseitigt. Verwenden Sie es zunächst
mit einer kleinen Tube zu 60 Pfg. **Chlorodont-Zahnbürste** für
Kinder 70 Pfg., für Damen M. 1.25 (weiche Borsten), für Herren M. 1.25
(harte Borsten). Nur echt in blauer Originalpackung mit der Aufschrift
„Chlorodont“. Überall zu haben

Heute eingetroffen

Kabliou

ohne
Kopf

frisch von der See

Felne Feinbäcklinge.

zu bekannt billigen Preisen.

J. Latscha

Zum Kreppelbacken

Hil. Auszugmehl per Pfd. M. 0.25
Hil. Cocosfett in Taf. per Pfd. M. 0.60
Hil. Schmalz per Pfd. M. 0.80
Hil. Salatöl per Ltr. von M. 0.90 an

Burth. & Ant. Fleisch, Flörsheim

Bekanntmachung.

Die Erdarbeiten für den Neubau eines Schulgebäudes
nebst Nebengebäudes der Gemeinde Ballau sollen im
Wege der öffentlichen Bekanntmachung vergeben werden.
Termin zur Abgabe der Angebote ist auf Mittwoch, den
23. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr auf dem Bürgermeisterei
in Ballau festgesetzt.

Die Angebote sind verschlossen mit entsprechender Auf-
schrift versehen zum vorbezeichneten Termin einzureichen.
Angebotsformulare sind gegen Erstattung der Schreib-
gebühren auf der Bürgermeisterei erhältlich, wofür selbst auch
die Zeichnungen eingesehen werden können.

Ballau, den 16. Februar 1927.

Der Bürgermeister: Müller.

Welcher Gewinn

liegt in der Vermeidung
von Krankheiten und Siechtum

Nicht erst im Krankheitsfalle, sondern
schon in gesunden Tagen sollte man

Adolf Just's „Heilerde“

innerlich (einnehmen) und äußerlich
(zu Umschlägen)

zur Pflege, Stärkung und Erhaltung
der Gesundheit gebrauchen

Durch den Gebrauch der Heilerde erhält
man sich jung, frisch und steigert seine
Arbeitskräfte. Broschüren mit wichtigen
Aufklärungen unentgeltlich durch

Domdrogerie Wilhelm Otto, Mainz
n u r Leichhofstraße 5

Die eingehenden Aufträge werden postwendend un-
spesenfreier Nachnahme zum Versand gebracht.

Der fluge Geschäftsmann inferior